

Die Geschichte der beiden Bürgervereine ist die Geschichte eines Machtgefälles.

Heiko Brandt arbeitet als Rechtsanwalt und trägt Anzug und Krawatte mit lila Streifen. Er ist Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender eines frisch aus der Taufe gehobenen Greifswalder Bürgervereins, der seit vergangener Woche im Licht des öffentlichen Interesses steht. Als Vereinsmitglied könnte Brandt glücklich darüber sein, ist es aber nicht. „So wollten wir nie in die Öffentlichkeit treten“ sagt er. Spricht er über „die Anderen“, die ihm diesen Konflikt eingebracht hätten, bildet sich eine zarte Röte auf seinen Wangen.

zu „den Anderen“ gehört Michael Steiger, Vorsitzender des zweiten Greifswalder Bürgervereins, von dessen Gründungsgeschichte er freimütig erzählt: „Wir waren nicht einverstanden damit, dass Bürgerschaftsmitglieder einen Verein gründen und dann ohne vorherige Diskussion in der Bürgerschaft dafür stimmen, diesem Verein Gelder zu bewilligen. Das ist Machtmissbrauch.“ Zum Ärger über das Vorgehen kam Unverständnis für die zukünftigen Aufgaben des Vereins, der sich in erster Linie um die Beseitigung von Graffitis kümmern will. „Hier geht es nicht um Prävention, nicht darum zu gucken, warum Jugendliche auf die Idee kommen, illegal zu sprayen, sondern einfach nur ums Überpinseln.“ Steiger und seinen Mitstreitern sei daraufhin spontan die Idee gekommen, dem Verein beizutreten und den Vorstand abzuwählen. Ein Gang zum Amtsgericht und es war klar, dass der Verein, für den just 5000,- € im neuen Jahreshaushalt vorgesehen wurde, noch gar nicht im Register eingetragen war. „Na, und da haben wir uns gedacht, dann müssen wir den Bürgerverein wohl erst noch gründen.“ erklärt Steiger mit einem hintergründigen Lächeln. Noch amüsanter wurde es für die Vereinsgründer, als die CDU nach ihrem Neujahrsempfang bekannt gab, 621,- € für den Verein gesammelt zu haben. Wie beim Hasen und dem Igel hieß es fortan „wir sind schon da“. So hatte der Steigersche Verein innerhalb kurzer Zeit eine Voranmeldung beim Amtsgericht, einen Termin bei der Notarin, eine Eintragung im online-Gästebuch der Stadt und die ersten Presseartikel. Auf der eigenen homepage, www.buergervereins-greifswald.de, wurde um Mitglieder geworben und in der Zeitung bedankte man sich höflich für das gesammelte Geld. Die Geschichte der beiden Bürgervereine ist aber auch die Geschichte eines Machtgefälles. Während Steiger in signalorangenem Fliespullover zwischen Drucker, Kopierer und Papierstapeln in einem kleinen Büro auf dem Hinterhof einer Studentenwohnanlage sitzt, kommen Brandt und seine Gründungskollegen aus den Anwaltskanzleien und Parteibüros der Stadt. Sie residieren in den pastellfarbenen getünchten Giebelhäusern rund um den Marktplatz. Das mag auch ein Grund dafür sein, dass dem Brandtschen Verein innerhalb weniger Tage der Eintrag in das Register glückte, auf den Vereine üblicherweise monatelang warten müssten. Amtsgerichtspräsident Rudolph Kirchner verkündete in der Lokalzeitung das vorzeitige Ende des Streits um die bei-

den Vereine: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, erklärte er, die Voranmeldung des Steigerschen Vereines habe keinerlei bindenden Charakter.

Die Vorwürfe wegen Amtsmissbrauch stoßen beim nun offiziell eingetragenen Bürgerverein auf wenig Verständnis. Schließlich bereichere sich niemand an den Geldern, erklärte Gründungsmitglied Dr. Jürgen Bremer, Fraktionsvorsitzender der SPD. Er sieht die Alternativgründung als „dummen Jungenstreich“ von Leuten, die man nicht ernst nehmen könne. Wie genau die Graffitibeseitigung von statten gehen werde und Bürger von dem Verein profitieren könnten, darüber mochte man sich im Verein vorerst nicht äußern, man wolle „auf besseres Wetter warten“. Bremer vermutete, dass man den geschädigten Hausbewohnern Malerkolonnen schicken werde. Seine Gegner wundern sich indess laut darüber, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende Axel Hochschild, Greifswalder Malermeister, in der Bürgerschaft für den Verein argumentierte und in der Presse gar als Vereinsmitglied gehandelt wird. Greifswald liegt im äußersten Nordosten und leidet unter knapper Kasse und angespannter Haushalts-situation. Seit kurzer Zeit wird die Stadt von einer übergroßen Koalition aus CDU, SPD, Bürgerliste und FDP regiert, der die Steigersche Gruppe wenig transparente Entscheidungsfindung vorwirft.

Die einen fühlen sich provoziert und angegriffen, ihnen geht es um ihre Ehre. Die anderen wollen aufzeigen, wie lokale Machtstrukturen funktionieren. „Eigentlich ist es nur ein politischer Gag“, relativiert Steiger die Interessen seiner Initiative. Es sei ihnen nicht darum gegangen, an die Gelder zu kommen. Mit dieser Art von Humor konnten die Graffitiegner offenbar wenig anfangen. Sie antworteten kommentarlos mit einer Unterlassungserklärung und forderten Namen und Internetdomain aufzugeben. Als Abschiedsgruß des einen Vereins an den anderen gelangt man seit einigen Tagen unter der Domain des Steigerschen Bürgervereins zu einem Link zur deutschen Abteilung von Transparency International, die weltweit Korruption bekämpft.

Anke Lübbert



Riesensauerei in MV

Protest gegen Schweinemastanlage in Medow



Fotos von indymedia.org
und BUND Schwerin

Medow, ein 300 Seelen Ort mitten in der ost-vorpommerschen Provinz. Weitläufige Felder prägen die Landschaft, Häuser und Scheunen hinterlassen den Eindruck, als wäre die Zeit hier stehen geblieben. Doch die Idylle trügt: In Medow stinkt es gewaltig. Anfang 2006 errichtete der niederländische Investor Adrianus Straathof am Ortsrand der kleinen Gemeinde eine Schweinemastanlage für 15000 Tiere. Seit nunmehr sieben Jahren kämpft eine Bürger_inneninitiative gegen dieses Vorhaben.

Mit selbst gebastelten Transparenten und Schildern brachten am vergangenen Samstag (3. Februar) die rund 150 Demonstrant_innen ihren Unmut über die Tierfabrik klar zum Ausdruck. „Mastanlagen, Tierlabore...dichtmachen“ hieß es auf einem Transparent, „Alt Tellin güßt Medow: Gemeinsam gegen Riesensauerei in MV“ auf einem anderen. Um die Anwohner_innen vor Ort in ihrem Protest zu bestärken, reisten neben zahlreichen Menschen aus dem Umland, auch Unterstützer_innen aus Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt an.

Bei frühlingshaften Temperaturen und strahlenden Sonnenschein setzte sich die bunte Menge in Richtung Mastanlage in Bewegung. Die Veranstaltung brachte viele unterschiedliche Menschen zusammen: Jung und alt, auf Stelzen, auf dem Rad oder zu Fuß, in bunter Schlaghose oder mit schwarzen Windbreaker bekleidet, demonstrierten gemeinsam unter dem ständigen Tuckern eines Traktors, der sie die komplette Strecke begleitete. Immer wieder ertönten Sprechchöre und Lieder wie „Was willst du? Was will ich? Macht die Mastanlage dicht!“ oder „Tierfabriken, das ist Mord - Widerstand an jedem Ort“.

Je mehr sich die Demonstration der Mastanlage näherte, desto größer wurde der Gestank. Am Gelände angekommen, wurden zwei Transparente direkt am Eingangstor befestigt. Während sich der Großteil der Demonstrant_innen um das selbstgebaute Redner_innenpodest postierte, nutzten einige die Gelegenheit und erkundeten entlang des Sicherheitszaunes das Gelände. Die Mitarbeiter_innen schienen zum

Aufräumen angehalten worden zu sein, denn das Grundstück machte einen verhältnismäßig sauberen Eindruck. Nur das vereinzelt wahrnehmbare Quieken der Schweine und der Gestank ließen erahnen, dass es sich hier um eine Mastanlage handelte.



Die Redner_innen vor den, mit Stacheldraht gesicherten, Toren des Unternehmens, zeichneten jedoch ein anderes Bild dieser scheinbar sauberen Tierfabrik. Sie berichteten von verwesenden Tierkadavern auf dem Hof der Anlage, dem Gestank, der von der Gülle ausginge und den unzumutbaren Bedingungen unter denen die Schweine ihre kurze Existenz zu fristen hätten. Nur wenige bestanden jedoch auf die sofortige Schließung der Mastanlage. Vielmehr stand die Forderung nach einer „artgerechten“ Haltung der Tiere und dem Einbau von Luftfiltern zur Minderung der Geruchsbelästigung im Mittelpunkt.

Nachdem die Demonstration beendet wurde, ergab sich noch die Gelegenheit zu manch spannenden Gespräch mit den Anwohner_innen bei Suppe, Kaffee, Tee oder Kuchen. Zu einem baldigen Wiedersehen der Tierfabrikgegner_innen wird es wohl am 22. Februar in Greifswald kommen. Dort verhandelt das Verwaltungsgericht die Klage des BUND zur Entziehung der Betriebserlaubnis.

de.indymedia.org

